

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 4. Sitzung des Ortsbeirates Prohlis (OBR Pro/004/2015)

am Montag, 2. Februar 2015,

17:00 Uhr

**im Ortsamt Prohlis, Bürgersaal,
Prohliser Allee 10, 01239 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:46 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
Jörg Lämmerhirt

Mitglied Liste CDU
Dr. Claus-Peter Geier
Ralf Leidel
Mario Schmidt
Denny Schneider
Martin Stein
Heiko Thater

Mitglied Liste DIE LINKE
Annett Adam
Eva Apfelbaum
Martin Hilbig
Frank Christian Ludwig

Mitglied Liste SPD
Dorothee Marth
Uwe Petersen

Mitglied Liste Alternative für Deutschland
Harald Gilke
Thomas Golbing

Mitglied Liste FDP
Gerhard Staudinger

Mitglied Liste NPD
René Despang

Stellvertretende Mitglieder
Steffen Bösnecker
Dr. Hannelore Franck

Vertretung für Herrn Peter Munkelt

Vertretung für Frau Julia Günther

Abwesend:

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen
Rüdiger Kubsch

Verwaltung:

Yrma Castillo
Martina Müller

Büro Integrations- und Ausländerbeauftragte
GB 6/61

Gäste:

Herr Ackermann
Peter Weckbrodt
Karlheinz Hentzschel
Veronika Gottmann
Nicole Kreißl
Martin Pätzug

privat
DNN
privat
QM Prohlis
QM Am Koitschgraben
FDP Dresden Südost

Schritfführer/-in:

Steffen Schüller

Sachbearbeiter Ortsbeirat

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Kontrolle der Niederschrift zur 03. Ortsbeiratssitzung am 12.01.2015
- 2 Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020) **V0220/14
beratend**
- 3 Vorstellung des Netzwerkes "Prohlis ist bunt" durch das Quartiersmanagement Prohlis
- 4 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte
- 5 Informationen des Ortsamtsleiters

öffentlich

Einleitung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Kontrolle der Niederschrift zur 03. Ortsbeiratssitzung am 12.01.2015

Ortsamtsleiter Herr Lämmerhirt begrüßt die Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräte und stellt bei 17 Anwesenden die Beschlussfähigkeit für die heutige Sitzung fest.

Frau Dr. Franck vertritt Frau Günther, Herr Bösnecker vertritt Herrn Munkelt. Herr Ludwig wird entschuldigt später zur Sitzung erscheinen. Es fehlt Herr Kubsch (ohne Vertretung).

Die Einladung erging form- und fristgerecht, Einwände gegen die Tagesordnung gibt es keine.

Die Niederschrift der 03. Sitzung vom 12.01.2015 wird einstimmig bestätigt.

Die Unterschriften unter die Niederschrift der heutigen Sitzung werden Herr Gilke und Herr Hilbig leisten.

2 Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020) V0220/14 beratend

Herr Lämmerhirt betont zu Beginn, dass es in der Konzeption um Inhalte einer gelingenden Migration gehe, nicht vorrangig um das Thema Asylbewerber. Es sehe die dringende Aufgabe, Menschen aus anderen Ländern, die bereits seit längerem bei uns wohnen, besser zu integrieren. Der Umfang der Konzeption zeige, wie vielschichtig diese Aufgabe sei. Er begrüßt Frau Castillo aus dem Büro der Integrations- und Ausländerbeauftragten.

Frau Castillo stellt sich kurz vor, sie (gebürtige Peruanerin) fühle sich als Dresdnerin mit Migrationshintergrund.

Zunächst geht Frau Castillo auf den Ursprung der Vorlage ein, bereits 2009 sei ein erstes Konzept erarbeitet worden, welches aller zwei Jahre konkretisiert werden sollte. Auch sollte es eine jährliche Berichterstattung zur Umsetzung geben. Aus personellen Gründen (Langzeiterkrankung) habe man diese Ziele aber nicht umsetzen können.

Frau Castillo erläutert die Struktur des Konzeptes (Situationsanalyse, Ziele, handlungsbezogene Maßnahmen, Abstimmung mit Fachplanungen, Zielgruppen, Berücksichtigung Asylsuchende).

Zielgruppe des Konzeptes seien Menschen mit Migrationshintergrund, wobei sich der fachliche Aspekt an die Beschäftigten der Stadtverwaltung bzw. die Dresdner Integrationsarbeit allgemein richte. Ziele seien die Weiterentwicklung einer Willkommens- und Anerkennungskultur, damit Migranten sich als gleichberechtigte Mitglieder der Dresdner Stadtgesellschaft verstehen und entwickeln können.

Bei Menschen mit Migrationshintergrund handle es sich um aus dem Ausland zugewanderte Personen. Diese können Ausländer der 1. Generation sein (zugereist), der 2. und 3. Generation (in Deutschland geboren), Aussiedler, Spätaussiedler, Personen mit einem zugewanderten Elternteil oder Personen mit einem ausländischen Pass. Wichtig sei, immer wieder die Bereicherung durch den kulturellen Austausch mit Zuwanderern zu betonen.

Es werden kommunale Handlungsfelder vorgestellt (z. B. Wohnen, Bildung, Sport, Kultur, Sprachförderung, soz. Beratung, Gesundheitsförderung/-versorgung), aus denen sich kon-

krete Maßnahmen ergeben würden (z. B. Sprachkurse für alle, bessere Zusammenarbeit mit Gemeindedolmetscherdienst, Verbesserung der sozialen Einbindung und medizinischen Versorgung von Flüchtlingen, Stärkung der Arbeit des Ausländerrates). Vieles davon geschehe bereits ehrenamtlich (z. B. Deutschkurse von DAMF), bereits vorhandene Strukturen sollten noch besser vernetzt werden. Auch müsse man alle Bemühungen immer im Kontext sehen, die Stadt sei nicht der einzige Akteur auf dem Gebiet der Migration (EU-Recht, Bundesrecht, Landesrecht).

17.27 Uhr Herr Ludwig erscheint zur Sitzung.

Abschließend geht Frau Castillo auf das Beteiligungsverfahren zur Konzeption ein. Die öffentliche Beteiligung habe man Ende Oktober 2014 abgeschlossen. Alle mündlichen und schriftlichen Stellungnahmen seien geprüft und beantwortet worden. Ergebnisse seien in das Konzept eingeflossen. Deutlich geworden sei, dass die Verwaltung und der Stadtrat die Verantwortung für die Ziele und Maßnahmen gemeinsam und kontinuierlich übernehmen müsse. Nunmehr solle eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung und Diskussion erfolgen. Die Wirksamkeit des Konzeptes setze aber auch finanzielle und personelle Ressourcen in den Fachbereichen voraus.

Frau Castillo schließt ihre Vorstellung mit einem Zitat des Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 18. August 2014:

„Ja, es gibt reale Befunde, die wir auch ernst nehmen müssen. Gleichzeitig aber müssen wir darauf achten, mit Kritik nicht ganze Gruppen zu stigmatisieren. Auch gilt es, kulturelle und soziale Ursachen nicht einfach in einen Topf zu werfen. Meistens sind es nämlich die letzteren und nicht die kulturellen oder ethnischen Prägungen, die uns Probleme machen. Und statt darüber zu streiten, welche Probleme nun unzulässig dramatisiert oder verharmlost werden, sollten wir unsere Energie darauf verwenden, Probleme zu lösen – gemeinsam, als Anliegen unserer Gesellschaft.“

Herr Lämmerhirt bittet die Ortbeiräte um ihre Fragen bzw. Stellungnahmen zur Vorlage:

Herr Hilbig: Bei vielen Sportvereinen sei die Abbuchung der Mitgliedsbeiträge eine Hürde für Migranten, wie kann man den Zugang verbessern?

Frau Castillo: Dazu müssten die Sportförderrichtlinien überarbeitet werden, es gäbe bereits konkrete Vorschläge (z. B. sollen Faninitiativen sich mit Migrantenvereinen vernetzen). Letztlich finde sich, wo ein Wille ist, immer ein Weg.

Herr Lämmerhirt ergänzt, dass es Gespräche mit dem Kreissportbund gäbe, um Asylbewerber besser in Sportvereinen zu integrieren, dabei müsse das Versicherungsthema geklärt werden.

Herr Petersen zum gleichen Thema: Lt. Konzeption sollen Stützpunktvereine ausgebaut werden, er schlägt vor, durch Optimierungen mehr Sportangebote zu schaffen?

Herr Hilbig: Bei Gesundheit werde in der Konzeption nur von einer Verbesserung für Geduldete gesprochen, was ist bei Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, gibt es Pläne, für diese eine menschenwürdige gesundheitliche Versorgung sicherzustellen?

Frau Castillo: Die Frage der Gesundheitsversorgung werde breit diskutiert, eine Vereinfachung werde angestrebt.

Herr Hilbig: Gibt es seitens der Stadt die Möglichkeit, auf die Gesetzgebung des Bundestages einzuwirken, damit Menschen aus Drittländern ein kommunales Wahlrecht erhalten?

Frau Castillo: Kommunales Wahlrecht sei immer davon abhängig, wer wahlberechtigt ist, dies werde letztlich durch EU-Recht bzw. das Grundgesetz geregelt.

Frau Dr. Frank stellt einen Ergänzungsantrag:

Die Oberbürgermeisterin soll sich für eine verbesserte und vereinfachte gesundheitliche Versorgung von Asylsuchenden einsetzen und dazu mit einer Krankenkasse die Übernahme der

Krankenbehandlung von Leistungsberechtigten nach den §§ 1, 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) durch die Ausgabe von Versichertenkarten gewährleisten.

Begründung: Die Einführung von Krankenversicherungskarten für Asylsuchende brächte für alle beteiligten Akteure (Asylsuchende, Mediziner, Verwaltungsmitarbeiter) Vorteile. Die medizinische und zahnmedizinische Versorgung der Asylsuchenden, die nach § 4 AsylbLG einen Anspruch auf eine Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände (einschließlich Arznei- und Verbandsmittel) sowie Leistungen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt haben, werde in der gegenwärtigen Praxis durch umfangreiche bürokratische Hürden verzögert und erschwert. Die Asylsuchenden müssten vor jedem Arztbesuch das zuständige Sozialamt kontaktieren und einen Behandlungsschein beantragen. Dies gelte auch für etwaige Weiterbehandlungen durch Fachärzte. Ein dafür fachlich nicht ausgebildeter Mitarbeiter des Sozialamts entscheide demnach, ob ein Arztbesuch notwendig sei oder nicht. Dies könne nicht nur dazu führen, dass bei den Betroffenen durch Behandlungsverzögerungen oder Nichtbehandlung Krankheiten chronifiziert würden. Die aus Verzögerungen resultierende Inanspruchnahme medizinischer Notfalldienste bringe auch zusätzliche Kosten mit sich. Zudem werde auch den Medizinern bei der Behandlung von Asylsuchenden ein zusätzlicher unnötiger Verwaltungsaufwand zugemutet, da die Abrechnungspraxis der Ärzte mittlerweile flächendeckend elektronisch funktioniere. Unter anderem in Bremen, Hamburg oder Rostock erhielten Asylsuchende mit Anspruch auf Leistungen nach § 4 AsylbLG (oder hilfsweise § 6 AsylbLG) eine Krankenversicherungschipkarte. Dies sei auch in Dresden sinnvoll und gemäß §264 Absatz 1 SGB V durch die Übertragung der Krankenbehandlung auf eine örtliche Krankenkasse möglich.

Damit könnten die Kosten und der Verwaltungsaufwand für Sozialbehörden und Ärzte erheblich gesenkt werden. Asylsuchende erhielten dadurch eine schnellere medizinische Behandlung, der Mehraufwand sowie zusätzliche Kosten durch Fahrten zum Sozialamt könnten erheblich gesenkt werden. Insgesamt würde die medizinische Versorgung von Asylsuchenden erleichtert und verbessert werden.

Frau Castillo: Sie unterstütze das Anliegen und befürworte die Einbringung des Ergänzungsantrages.

Herr Stein: Er lobt die ungeheure Fleißarbeit der Konzepterarbeitung und fragt, ob Maßnahmen, die bereits in diesem Jahr umgesetzt werden sollen, haushalterisch gedeckt sind (z. B. die erforderlichen hohen Personalkosten)?

Frau Castillo: Bekanntlich liege der Haushalt 2015/16 derzeit bei der Rechtsaufsicht, konkrete Maßnahmen wie z. B. ausreichenden Sozialarbeiter oder die Finanzierung des Gemeindefremdsprachendienstes setzten natürlich die Berücksichtigung im Haushalt voraus. Maßnahmen seien so festgeschrieben worden, dies gelte auch für personelle Ressourcen. Der Beschluss des Stadtrates für die Betreuung der Asylbewerber mit einem Schlüssel von 1:100 sei ein Erfolg in diese Richtung. In anderen Bereichen könne die Aufstockung der Ressourcen leider nicht so schnell erfolgen.

Herr Schneider: Die Konzeption spreche von lang-, kurz- und mittelfristigen Zielen, wie konkret sehen die kurzfristigen Ziele aus?

Frau Castillo: Kurzfristige Ziele seien meist Dinge, die bereits realisiert sind und/oder weiter ausgebaut werden sollen, z. B. die Unterstützung von Initiativen wie „Prohlis ist bunt“.

Herr Schneider: Bereits in den Jahren 2013/14 habe es eine Neufassung der Konzeption geben sollen, er fragt sich, was damals Arbeitsgrundlage zur Integration von Migranten war?

Frau Castillo: Man habe bisher mit sog. Umsetzungsberichten gearbeitet, diese würden auf Grund der längeren Umsetzung der Maßnahmen nunmehr mit in die aktuelle Konzeption einfließen.

Weiterhin möchte Herr Schneider wissen, ob in Zukunft gewährleistet werden könne, dass die jährliche Berichterstattung trotz möglicher personeller Engpässe erfolge?

Frau Castillo: Dies werde angestrebt, auch wenn die Personalstellen der jetzigen Konzeptersteller z. T. zeitlich begrenzt seien.

Als letztes fragt Herr Schneider nach dem Frauenanteil bei Ausländern?

Frau Castillo: Der Männeranteil überwiege leicht (51/50).

Herr Despang: Er begrüßt, dass das Thema Migration bei allen Parteien angekommen sei. Es lebten in Deutschland 150 Tausend Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung, für diese könne die Konzeption nicht gelten. Gleiches gelte für ausländische Mehrfachtäter. Er fragt, ob es Zahlen gäbe, wie viele der ausländischen Studenten wieder in ihre Länder zurückgehen?

Frau Castillo: Sie kenne dazu keine Zahlen, wenn es um Berufe geht, die dringend gebraucht würden, seien die Bleibemöglichkeiten sehr hoch. Leider dauere die Prüfung des Bleiberechts immer noch zu lange bzw. sei zu bürokratisch.

Herr Staudinger: Er habe festgestellt, dass es in der Statistik Dresdens und Sachsens (für Dresden) Unregelmäßigkeiten bei Migranten, die Regelleistungen beziehen, gäbe (für 2013 Differenz von 150 Personen), wie kommt das?

Frau Castillo: Es handle sich um unterschiedliche Erfassungsmethoden, sie werde die Frage an die kommunale Statistikstelle weiterleiten.

Des Weiteren stellt Herr Staudinger fest, dass bis 2013 die Zahl der Empfänger von Regelleistungen benannt werde, ab 2014 erscheine dann nur noch die Zahl der voraussichtlich Dazukommenden. Nicht mehr weitergeführt werde die Gesamtzahl der dann zu erwartenden Leistungsempfänger. Die Zahl nicht abgeschobener Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung werde sich in den nächsten Jahren jedoch stark erhöhen, dieser Kreis (der es am schwersten habe) werde in der Konzeption nicht einmal erwähnt. Aus seiner Sicht müsse hier schnellstens gehandelt werden.

Frau Castillo: Die Anerkennungsquote aller Herkunftsländer liege lt. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2014 bei 32,5 Prozent (40.563 positive Entscheidungen bei 128.911 Anträgen). Dies beziehe sich auf das gesamte Bundesgebiet, leider lägen ihr keine Zahlen zu Dresden vor. Auch durch die lange Bearbeitungsdauer eines Antrages (bis zu drei Jahre) seien größere Zuwächse erklärbar.

Herr Lämmerhirt: Es bestehe die Anforderung an alle (Bund, Land, Kommune), die Integrationskonzepte fortzuschreiben, die derzeitige Entwicklung sei in diesem Ausmaß nicht abzusehen gewesen.

Weiterhin kritisiert Herr Staudinger, dass erforderliche Strukturen zum Spracherwerb (Sprachkurse für Zugewanderte) trotz Auftrag durch den Stadtrat nicht realisiert worden seien.

Frau Castillo: Das Problem sei gewesen, dass bisher die Finanzierung nicht immer klar geregelt gewesen sei, es habe innerhalb der Verwaltung Diskussionen zur Zuständigkeit gegeben. Die Konzeption regle nunmehr klar die Zuständigkeiten (z. B. bei frühkindlichen Angeboten).

Herr Staudinger begrüßt, dass Fachkräfte angeworben werden sollen, unklar sei, was das z. B. mit der Internationalisierung der Langen Nacht der Wissenschaft zu tun habe, hier sehe er keine interkulturellen Defizite.

Beim Thema Wohnen, so Herr Staudinger, müsse erreicht werden, dass bei Programmweiterungen (wie z. B. der Sozialen Stadt) bisher nicht erfasste Migranten mit berücksichtigt werden. Ihm sei unklar, wo Asylbewerber nach dem Auszug aus dem Übergangwohnheim unterkommen, da es dafür weder Programme noch Ressourcen gäbe. Die Lösung könnten nur praktische Maßnahmen sein.

Frau Castillo: Sie bestätigt, dass die Abstimmung der Abläufe bei Asylsuchenden mit Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt nicht optimal laufe. Das Konzept könne dieses Problem nicht lösen, dafür müssten andere Konzepte (z. B. Wohnungskonzept) herangezogen werden.

Herr Lämmerhirt unterstreicht die Wichtigkeit, für diese Personengruppen geeigneten Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Abschließend spricht Herr Staudinger die frühkindliche Bildung an, so benötige der mehrsprachige Kindergarten entsprechend ausgebildete Erzieher. Wo sollen diese herkommen, wer soll die Ausbildung bezahlen? Der Haushalt sehe so etwas nicht vor. Er fordert zusammenfassend, das Konzept nochmals grundsätzlich zu überarbeiten und finanziell zu untersetzen.

Herr Dr. Geier: Dem Ortsbeirat gehe es hauptsächlich um die Lösung bestehender Probleme, z. B. wie man ehrenamtliches Engagement noch besser einbeziehen könne.

Herr Lämmerhirt: Im Sozialamt werde derzeit eine Stelle geschaffen, die gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat die Flüchtlingsbetreuung optimieren werde. Pro Stadtteil solle es des Weiteren einen Trägerverein geben, der ehrenamtliche Angebote koordiniere. Die Strukturen würden derzeit aufgebaut und kurzfristig realisiert, dies betreffe auch die Aufstockung der Sozialarbeiter vor Ort. Es handle sich um einen sehr dynamischen Prozess.

Frau Castillo: Für sie als Migrantin sei die derzeitige Situation in Dresden nicht leicht, so erlebe sie z. T. offenen Hass. Mut mache aber die große Solidarität vieler Dresdner, die Hilfsangebote seien sehr tröstend.

Herr Dr. Geier befürchtet, dass es bei der Konzeptumsetzung noch viele Hemmnisse geben werde. Wie groß sind die personellen Herausforderungen konkret? Was wird z. B. mit den Migranten, die bildungsunwillig sind (keine Sprachkenntnisse, keinen Beruf). Die Frage der finanziellen Belastung für die Stadt sei akut, wie wird das Land unterstützen? Diese und andere Fragen gelte es zu klären.

Frau Castillo: Zum Vorwurf der Bildungsunwilligkeit gebe es andere Erkenntnisse von Bildungsträgern.

Herr Leidel: Er kritisiert die unkonkrete Aussage in Punkt 4. zur Finanzierung der Maßnahmen. Sei hier von bereits beschlossenen oder noch zusätzlich erforderlichen Mitteln die Rede?

Frau Castillo: Sicher werde bei der Planung des Haushaltes nicht vordergründig an die Migranten gedacht, letztlich müsse man konstatieren, was nicht geplant wurde, könne nicht ausgegeben werden.

Frau Marth: Sie spricht den Punkt der frühkindlichen Bildung an und zeigt sich verwundert über sinkende Beteiligungsquoten. Da der Zugang zur Sprache elementar sei, müsse aus ihrer Sicht hier gegengesteuert werden. Was sind die Gründe für den Rückgang?

Frau Castillo: Die Mehrsprachigkeit müsse noch vielmehr als Chance vermittelt und Erzieherinnen kontinuierlich geschult werden. Problematisch seien kulturelle Unterschiede und z. T. schwierige Zugänge zu den Kitaangeboten (Anmeldeverfahren werde oftmals als Zumutung empfunden).

Änderungsantrag:

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat zur Umsetzung des Konzeptes im Jahr ~~2017~~ **2016** schriftlich Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis Änderung:

Zustimmung
Ja 17 Nein 1 Enthaltung 0

Ergänzungsantrag:

5. Die Oberbürgermeisterin soll sich für eine verbesserte und vereinfachte gesundheitliche Versorgung von Asylsuchenden einsetzen und dazu mit einer Krankenkasse die Übernahme der Krankenbehandlung von Leistungsberechtigten nach den §§ 1, 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) durch die Ausgabe von Versichertenkarten gewährleisten.

Abstimmungsergebnis Ergänzung: Zustimmung
Ja 9 Nein 2 Enthaltung 7

Abstimmungsergebnis gesamt: Zustimmung mit Ergänzung
Ja 9 Nein 3 Enthaltung 6

Der Vorlage wird mehrheitlich einschließlich Änderung und Ergänzungen zugestimmt.

Herr Lämmerhirt dankt Frau Castillo für die umfangreiche Vorstellung.

3 Vorstellung des Netzwerkes "Prohli ist bunt" durch das Quartiersmanagement Prohli

Herr Lämmerhirt begrüßt die Quartiersmanagerin von Prohli, Frau Gottmann. Das vorzustellende Thema schließe sich nahtlos an das vorherige an und zeige die dynamische Entwicklung im Stadtteil in den letzten Monaten.

Frau Gottmann dankt für die Möglichkeit der Vorstellung und nennt zu Beginn die Akteure des Prohliser Netzwerkes (Vereine, Parteien, Kirche, Einzelpersonen, Quartiersmanagement, Ortsamt). Ziel des Netzwerkes sei es, sich für eine Willkommenskultur für Migranten und Flüchtlinge im Stadtteil einzusetzen. Seit dem Frühjahr 2014 bestehend, habe zuletzt aus aktuellem Anlass das Thema Flüchtlinge immer mehr an Bedeutung gewonnen. Mittlerweile bestünden bereits mehrere Angebote des Netzwerkes. So finde zweimal in der Woche (Ortsamt, Prohl. Kirche) ein Deutschkurs statt, der sehr gut angenommen werde (neben den Angeboten von DAMF). Seit Weihnachten werde regelmäßig ein Sonntagstreff aller vier Wochen organisiert, damit zwischen Asylbewerbern und Anwohnern Begegnung möglich werde. In der Entwicklung seien Kontakte mit Tanzprojekten, Sportgruppen u. a. Sehr wichtig sei das Einbinden von Paten, damit die Sozialarbeiter der AWO bei der Betreuung im Gebiet entlastet werden. Es gäbe bereits zahlreiche Bürger, die ihre Bereitschaft signalisieren, derzeit sei man dabei, die Organisation dieser Hilfsangebote zu optimieren. Das Netzwerk könne nicht alles leisten, daher versuche man, die Flüchtlinge in bestehende Aktivitäten so gut wie möglich mit einzubinden (z. B. Frühjahrsputz). Lobenswert seien auch die Bemühungen des Spike e. V. in diese Richtung. Frau Gottmann lädt alle Ortsbeiräte ein, sich am Netzwerk mit zu beteiligen.

Anschließend steht Frau Gottmann den Ortsbeiräten Rede und Antwort:

Herr Gilke: Gibt es Flyer zum Aufruf zu Patenschaften? Könnte man diesen über einen Briefkastenaktion verteilen?

Frau Gottmann: Sie verweist auf einen Aufruf im Schaukasten des Quartiermanagements, Handzettel mit Informationen lägen an vielen öffentlichen Stellen aus, eine gezielte Werbeaktion sei derzeit organisatorisch nicht zu bewerkstelligen.

Herr Lämmerhirt: Die Bereitschaft zu Patenschaften sei sehr hoch, allerdings müsse die Vermittlung gut organisiert werden.

Herr Stein: Aus welchen Ländern kommen die Flüchtlinge

Frau Gottmann: Es handle sich vorrangig um Syrer, Eritreer und Tschetschenen.

Herr Hilbig: Gibt es einen Internetauftritt des Netzwerkes?

Frau Gottmann: Bisher noch nicht, Informationen könne man aber direkt über das Ortsamt, das Quartiersmanagement und die Kirche erhalten. Weitere Strukturen seien im Entstehen.

Herr Hilbig: Ist keine weitere Öffentlichkeitsarbeit gewünscht?

Frau Gottmann: Man müsse beachten, dass die Akteure des Netzwerkes in der Regel bereits anderweitig stark eingebunden seien und zeitliche Ressourcen oftmals begrenzt seien.

Herr Hilbig: Gehört das Gebiet Am Koitschgraben mit zum Einzugsgebiet des Netzwerkes? Frau Kreißl (Quartiersmanagerin Am Koitschgraben). Sie verneint dies, auch gebe es kein eigenes Netzwerk für ihr Gebiet. Vorhandene Strukturen würden aber das Schwerpunktthema der Arbeit mit Flüchtlingen aufgreifen (Beispiel Spike).

Herr Gilke: Wie kann die Bereitschaft der Paten durch die Verwaltung besser gesteuert werden, er habe den Eindruck, dass den Entwicklungen immer hinterher gerannt werde?

Frau Gottmann: Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels werde neue Ressourcen freigeben.

Herr Lämmerhirt: Die AWO richte gerade ein Büro im Prohliszentrum ein, auch würden neue Mitarbeiter eingestellt. Sobald die Strukturen stehen, würden konkrete Informationen folgen.

Frau Marth: Sie widerspricht der pauschalen Aussage, dass man immer zu spät komme. Das Netzwerk habe sich aus einem konkreten Anlass gegründet und arbeite seitdem kontinuierlich über Parteigrenzen hinweg.

Herr Lämmerhirt: Er habe den Wunsch, dass das Netzwerk ein breites Bürgerbündnis werde und noch mehr Akteure darin mitarbeiten.

Da passend zum Thema, zieht Herr Lämmerhirt den Informationspunkt zur Unterbringung von Asylsuchenden vor. Im Januar seien der Landeshauptstadt (aus Chemnitz) 145 Personen neu zugewiesen worden. Es habe in Prohlis einen Ausbau um drei Gewährleistungswohnungen (mit 14 neuen Plätzen) gegeben. Beim Objekt Lockwitztalstraße befinde sich der Bauantrag in Bearbeitung. Die geplante Aufstockung der Sozialarbeiter habe er bereits benannt. Weiterhin prüfe man geeignete Objekte bzw. Wohnungen im Ortsamtsbereich.

Herr Staudinger: Seines Wissens sei die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen vorrangig für Frauen und Familien gedacht. Es zeige sich aber, dass oftmals junge Männer in solchen Wohnungen leben. Gibt es Fälle, wo Frauen mit Kindern in großen Objekten unterkommen müssen und gleichzeitig junge Männer dezentral untergebracht sind?

Herr Lämmerhirt: Da es derzeit in Prohlis noch keine Gemeinschaftsunterkünfte gäbe, könne er dazu nichts sagen. Erfahrungen aus anderen Stadtteilen zeigten jedoch, dass Familien in Gemeinschaftsunterkünften eine positive Ausstrahlung auf andere Mitbewohner hätten. Es gebe kein Patentrezept für die Unterbringung, einzelne Fälle von Konflikten in Heimen sollten nicht überbewertet werden.

Frau Dr. Frank: Wie ist der Stand zum Runden Tisch in Lockwitz?

Herr Lämmerhirt: Der runde Tisch sei zur Begleitung der Gemeinschaftsunterkunft in Lockwitz gedacht, erste Gespräche mit der Pfarrerin der Lockwitzer Kirche fänden in den nächsten Tagen statt. Es sollen unmittelbare Nachbarn mit einbezogen werden, des Weiteren die Polizei und das Sozialamt. Der runde Tisch solle die Eröffnung des Heimes mit vorbereiten und die Betreuung in der Anfangszeit begleiten. Sobald es einen konkreten Termin für ein erstes Treffen gäbe, werde er darüber informieren. Der Kreis solle nicht mehr als zwölf bis 15 Personen umfassen, entscheidend sei die regionale Zugehörigkeit, weniger die Parteizugehörigkeit. Es werde regelmäßige Berichte über die Arbeit und die Ergebnisse des Runden Tisches geben.

4 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte

Herr Despang: Wie ist der Stand zum Ausbau des geplanten Kinderhauses auf dem Kinder- und Jugendbauernhof Nickern?

Herr Lämmerhirt: Das Ortsamt wird nachfragen und in der nächsten Sitzung informieren.

Herr Gilke: Er bittet um Informationen zum Stand der Umsetzung der Gestaltungskonzeption für den öffentlichen Raum des historischen Dorfkerns Altstrehlen.

Herr Lämmerhirt: Auf Grund der Verlegung der Straßenbahn in die Oskarstraße würde noch in diesem Jahr im Zuge von Ausgleichsmaßnahmen eine Teilrealisierung beginnen.

Herr Schneider: Die Lichtsignalanlage an der Haltestelle C.-D.-F-Straße (Richtung Wasaplatz) sei beschädigt.

Herr Lämmerhirt: Wir werden dies umgehend weitermelden.

Herr Stein: Er erinnert daran, dass die Beschilderung auf dem Münzteichweg weiterhin nicht vollständig sei (die nächste Badsaison komme bestimmt), wie geht es mit dem Grundschlösschen weiter?

Herr Lämmerhirt: Die Zukunft des Grundschlösschens sei weiterhin offen, zum Thema Mockritzer Bad werde er das Gespräch mit dem Eigenbetriebsleiter des Bäderbetriebes suchen.

Herr Schmidt: Der Fußweg zwischen Feuerbachstraße und Zschertnitzer Straße sei schlecht beleuchtet, gerade in den Wintermonaten müsse hier für Schulkinder eine Lösung gefunden werden.

Herr Lämmerhirt: Es handle sich um keinen öffentlich gewidmeten Weg, daher sei die Stadt auch nicht zuständig. Im Zuge der Schulwegsicherheit werde man den Sachverhalt jedoch prüfen.

Herr Dr. Geier: Die Hecke an der Dohnaer Straße gg. Mc Donald sei zugemüllt.

Weiterhin fordert er zum wiederholten Male die Beseitigung der ehemaligen Mülldeponie Am Gückelsberg, wann wird sich das Umweltamt der Sache endlich annehmen?

Herr Lämmerhirt: Die Säuberung der Hecke wird über den Sachbearbeiter Ordnung und Sauberkeit des Ortsamtes veranlasst. Wegen der Deponie werde nochmals beim Umweltamt nachgefragt, denkbar sei, die Fläche für die Umsetzung künftiger Ausgleichsmaßnahmen zu nutzen.

Herr Thater: Er bittet um einen Sachstand zum Neubau Kinder- und Jugendhaus „Pixel“.

Herr Lämmerhirt: Mittlerweile sei im Haushalt Geld für das Projekt eingestellt worden, jedoch zu wenig. Eine Dienstanweisung schreibe neuerdings ein Sicherungspolster für Bauvorhaben vor, dies sei bei diesem Projekt leider nicht berücksichtigt worden. Der Sachverhalt sei GB 2 bekannt. Abriss und Neubau seien gesichert, die Genehmigungsplanung liege vor. Herr Lämmerhirt empfiehlt, die Oberbürgermeisterin konkret anzufragen, wie die Finanzierung gesichert und wann mit dem Baubeginn bzw. der Fertigstellung zu rechnen sei. Dem wird einstimmig zugestimmt.

Herr Petersen: Im Koitschgraben (hinter Kurt-Querner Straße 15) befänden sich Metallstreben im Gewässer.

Herr Lämmerhirt: Das Ortsamt werde den Sachverhalt prüfen und ggf. weiterleiten.

Frau Marth: Sie fragt Bezug nehmend auf die Veranstaltung des Herbert-Wehner-Werkes zum 2. Dresdner Bildungsbericht an, wann dessen Vorstellung im Ortsbeirat erfolgt?

Herr Lämmerhirt: Leider habe das Bildungsbüro bisherige Anfragen seitens des Ortsamtes negativ beschieden, da es eine zentrale Informationsveranstaltung gegeben habe. Er werde nochmals um Vorstellung bitten.

Frau Apfelbaum: Die Mieter der Gagfah seien Anfang des Jahres per Brief informiert worden, dass das Servicecenter im Otto-Dix-Center geschlossen sei und Anfragen nur noch über eine zentrale Servicenummer entgegengenommen würden.

Herr Heinrich: Er bestätigt dies als unmittelbar Betroffener, Anrufe bei der Servicenummer würden wie folgt gefiltert:

1. Umzug/Wohnungssuche
2. technische Störungen/Reparaturen
3. sonstige Fragen zum Wohnen.

Auf Grund auszuwechselnder Wasserleitungen (Legionellenbefall) seien in seinem Fall die Nummern 2 und 3 relevant - jedoch hätten dutzende Anrufversuche auf beiden Nummern zunächst zu keinem Gespräch, späterhin zu keiner Lösung geführt. Er mutmaße, dass die Gagfah für ihre Mieterschaft derzeit zum Großteil schlichtweg nicht zu erreichen sei.

Herr Lämmerhirt: In den nächsten Tagen sei seinerseits ein Gespräch mit dem Gesamtniederlassungsleiter der Gagfah geplant, dort werde er das Problem ansprechen.

Herr Ludwig: Am 06. März ende die Anmeldefrist für das Gymnasium Prohlis. Er bittet darum, in der nächsten Sitzung am 09. März die Zahl der angemeldeten SchülerInnen zu benennen.
Herr Lämmerhirt: Er werde die Zahl vor Sitzungsbeginn beim Schulverwaltungsamt erfragen.

5 Informationen des Ortsamtsleiters

Neben den aktuellen Prohliser Nachrichten verteilt Herr Lämmerhirt ein Informationsblatt zur Gewässerunterhaltungsmaßnahme Leubnitzbach im Bereich Heydenreichweg (Entlandung Steilböschung).

Des Weiteren bittet Herr Lämmerhirt um kurzfristige Rückmeldungen zu geplanten Aktivitäten im Zusammenhang mit der Aktion „Sauber ist schöner“ im März.

Die Sitzung endet 19.46 Uhr.

Jörg Lämmerhirt
Vorsitzender

Steffen Schüller
Schriftführer

Harald Gilke
OBR-Mitglied

Martin Hilbig
OBR-Mitglied